



Sven Aretz arbeitet als Journalist vor allem zu Wirtschafts- und Entwicklungsthemen.

DIE AUSWIRKUNGEN DER INTERNATIONALEN FINANZKRISE IN VERSCHIEDENEN REGIONEN

Sven Aretz

Während die USA und die Europäische Union durch die internationale Finanzkrise nun mit Rezession, Firmenpleiten und steigender Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, profitieren wichtige Schwellenländer möglicherweise davon, dass sie den führenden Industrienationen nicht schnellstmöglich gefolgt sind bei der Liberalisierung und Integration der Finanzmärkte: China¹, Indien² und Brasilien³ sind nicht so drastisch von der Krise betroffen wie die führenden Industrienationen. Und während sich die EU-Mitgliedsländer mehr oder weniger erfolgreich in koordiniertem Krisenmanagement versuchen,⁴ sehen die Regierungen dieser drei Schwellenländer in der Krise sogar die Chance, ihre Position im internationalen Machtgefüge zu verbessern. In Südafrika⁵, der führenden Wirtschaftsmacht Afrikas, hingegen könnte die Finanzkrise interne Spannungen weiter verschärfen und das Zusammenwachsen der Gesellschaft erheblich behindern sowie zu einer Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik führen.

MÄNGEL IN DER EU SCHON LÄNGER BEKANNT

Die Immobilienkrise in den USA ist mittlerweile zur schwersten Krise an den internationalen Finanzmärkten seit den

1 | Wolfgang Meyer, KAS-Auslandsbüro Peking.

2 | Jörg Wolff, KAS-Auslandsbüro Delhi.

3 | Dr. Wilhelm Hofmeister, KAS-Auslandsbüro Rio de Janeiro.

4 | Dr. Martin Koopmann, Koordinator Europapolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin.

5 | Dr. Werner Böhler, KAS-Auslandsbüro Johannesburg.

zwanziger Jahren eskaliert und zieht nun auch eine allgemeine Wirtschaftskrise nach sich. Der Tiefpunkt für Realwirtschaft, Wachstum und Arbeitsplätze ist noch nicht abzusehen. Nie zuvor vergaben Regierungen staatliche Finanzhilfen und Garantien in solcher Höhe, um den drohenden Kollaps des globalen Bankensystems zu verhindern. Die Finanzkrise enthüllte dabei nicht nur Fehler einzelner Manager oder Banker, sondern eklatante Fehlentwicklungen im internationalen Finanzsystem und die unzureichende Regulierung und Kontrolle der Märkte. Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments hatte bereits im Mai 2006 – mehr als zwei Jahre vor Ausbruch der Krise – festgestellt, dass in der EU die Kontrollen nicht ausreichten, um eine größere Krise zu bewältigen, ausgelöst durch einen Zusammenbruch der Märkte oder grenzüberschreitend handelnder Finanzgruppen. Schon damals forderte der Ausschuss die Europäische Kommission und die nationalen Behörden auf, ein wirksames Krisenmanagement zu entwickeln.

Doch im Herbst 2008 existierte noch immer keine Blaupause zur Krisenbewältigung, die die Bedingungen der europäischen Integration und des stark integrierten europäischen Finanzmarktes berücksichtigte. Und so fanden die Mitgliedstaaten zunächst nur schwer eine gemeinsame Linie, reagierten zuerst nur einzelne Staaten, den Blick ausschließlich auf das eigene Land gerichtet. Als die Europäische Zentralbank (EZB) zum ersten Mal gemeinsam mit anderen Notenbanken den Leitzins senkte, war dies nur eine Ausnahme. Erst in einem zweiten Schritt begannen die größten Mitgliedstaaten sich abzustimmen, und in einer dritten Phase schlug die Europäische Kommission erste verbindliche Regelungen und Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene vor.

Zunächst kündigten die vier europäischen G8-Staaten an, die Finanzaufsicht zu verbessern und noch 2008 eine Konferenz à la Bretton Woods einzuberufen, um über eine umfangreiche Reform des internationalen Finanzsystems zu beraten. Dieses Vorhaben griffen die EU-Finanzminister sowie die Staats- und Regierungschefs der Euro-Gruppe und des Europäischen Rates im Oktober 2008 schließlich auf. Innerhalb von nur zehn Tagen verständigten sich alle 27 EU-Staaten darauf, „systemrelevante Banken“ durch staatliche Interventionen retten zu dürfen, und beschlossen Maßnahmen, die nun zügig auf europäischer Ebene umgesetzt werden sollen: Die gesetzliche Mindesteinlagensicherung steigt von 20000 auf 50000 Euro

Während die globale Finanzkrise in den USA und in der EU zu Rezessionen, Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit führte, blieb der Schaden für Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien, wenn er überhaupt eintrat, begrenzt. In der Europäischen Union hat man inzwischen Schritte zur Rettung „systemrelevanter“ Banken unternommen und eine Vereinheitlichung der Kontrollen im Finanzbereich eingeleitet. In China zeigen sich Banken und Volkswirtschaft, sicher auch aufgrund einer den Markt stark regulierenden Politik, stabil. Auch in Indien, das Deregulierungen und Liberalisierungen kritisch sieht, fand die Krise kaum Boden. Ökonomisch stark steht zudem Brasilien da, das sich um einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus bemüht und der Krise bislang trotz. Sorgen muss sich Südafrika, wo der Aktienmarkt einbrach und die Wirtschaft keine neuen Arbeitsplätze mehr generiert. Sollte sich die Lage am Kap noch verschärfen, wird die Finanzkrise wohl auch dieses Land empfindlich treffen.

(für diejenigen Staaten, die dies wollen und können, auf 100000 Euro). Bankguthaben müssen künftig innerhalb von drei Tagen zurückgezahlt werden (bisher in drei beziehungsweise bis zu neun Monaten). Und die Bilanzierungsregeln werden geändert, um den Banken Abschreibungen nun fast wertloser Kapitalanlagen zu ersparen und einen weiteren Vertrauensverlust in ihre Kreditwürdigkeit zu verhindern. Darüber hinaus einigten sich die EU-Staaten auf gemeinsame Prinzipien für die Rekapitalisierung in Not geratener Finanzinstitute: staatliche Rettungsaktionen werden zeitlich begrenzt, die Interessen der Steuerzahler und Wettbewerber sind zu wahren und die Regierungen erhalten ein Mitspracherecht bei der Neuordnung des Managements einer betroffenen Bank.

Für die EU stellt sich nun die Frage, ob die internationale Finanzkrise einen weiteren Europäisierungsschub auslöst – auf institutioneller, vielleicht sogar auf politischer Ebene. Die Union muss in Krisen dieser Größenordnung effizienter und schneller handeln können. Nach dem Wegfall der Grenzen für den Kapitalverkehr muss die Kontrolle von grenzüberschreitend tätigen Finanzinstituten europäisiert werden, sind politische Instrumente und kompetente Akteure nötig, die für ein Mindestmaß an ordnungspolitischen Rahmenbedingungen sorgen und diese durchsetzen. Diese Kontrollfunktion könnte die Europäische Zentralbank übernehmen oder eine noch zu schaffende Wirtschaftsregierung, welche die Teilsouveränität der Mitgliedstaaten in der Finanzpolitik respektiert. Eine weitere Möglichkeit ist, ein informelles Frühwarnsystem zu schaffen, bestehend aus den Präsidenten des Europäischen Rats, der Kommission, der EZB und der Euro-Gruppe. Doch nicht nur in der Finanzpolitik, auch auf anderen Politikfeldern muss die EU vom reinen Krisenmanager zum strategischen Akteur werden, sonst behindern erhebliche Kooperationsprobleme und Effizienzeinbußen die politische Steuerung. Auf europäischer Ebene müssen langfristige Planungskonzepte für diejenigen Politikbereiche entwickelt werden, in denen die Nationalstaaten als Akteure zu klein geworden sind.

SCHWELLENLÄNDER PROFITIEREN VON STÄRKER REGULIERTEN FINANZMÄRKTEN

Anders als die USA und die EU waren China, Indien, Brasilien und Südafrika zurückhaltender bei der internationalen Integration und Liberalisierung ihrer Finanzmärkte und verfügen weitgehend über einen ausreichenden Katalog an Regularien

und einen intakten Kontrollapparat für ihre Finanzsysteme. Diese Länder bleiben nicht unberührt von der Krise, doch ist es bisher nicht zur Katastrophe gekommen. Vielmehr versprechen sich China, Indien und Brasilien von der Finanzkrise eine Stärkung ihres Einflusses auf der internationalen Bühne. In China wie auch in Indien herrscht die Ansicht vor, dass die Finanzkrise die Position der USA in den internationalen Beziehungen, die US-amerikanische Dominanz auf den Finanzmärkten sowie die internationale Bedeutung des US-Dollars geschwächt hat. Dies wird auch als Ausdruck des Übergangs in eine neue Weltordnung gesehen, die sich in Asien zentriert. Brasilien wurde durch die Finanzkrise nicht nur als maßgeblicher Akteur und verlässlicher Partner auf der regionalen Ebene in Lateinamerika gestärkt, sondern auch als globaler Akteur. Die Regierung ist am internationalen Krisenmanagement aktiv beteiligt und hat wiederholt eine Reform des internationalen Finanzsystems und auch des Internationalen Währungsfonds gefordert. Allerdings ist man in Brasilien skeptisch, ob für die Reform des internationalen Finanzsystems im globalen Rahmen tatsächlich der politische Wille aufgebracht werden kann.

Diese Länder bleiben nicht unberührt von der Krise, doch ist es bisher nicht zur Katastrophe gekommen. Vielmehr versprechen sich China, Indien und Brasilien von der Finanzkrise eine Stärkung ihres Einflusses auf der internationalen Bühne.

IN CHINA NUR WENIG FAULE KREDITE – KONZENTRATION AUF BINNENWACHSTUM

Die Zuversicht der Schwellenländer, dass ihre Bedeutung auf internationaler Ebene gestiegen sei, gründet sich auf ihre wirtschaftliche Stabilität angesichts der internationalen Finanzkrise. So verhalten sich auch die chinesischen Börsen volatil, aber mit geringeren Ausschlägen als diejenigen in den etablierten westlichen Marktwirtschaften. Der Blick der chinesischen Öffentlichkeit ist auf mögliche Konsequenzen der Finanzkrise für das eigene Land und seine Bürger gerichtet sowie auf die Maßnahmen der Regierung zum Management der schwierigen Situation. Im Unterschied zu Europa stellen die Medien im Reich der Mitte die Position der chinesischen Banken und der Volkswirtschaft insgesamt als relativ sicher dar. Faule Kredite gibt es zwar auch bei chinesischen Banken. Mit einem Anteil am Gesamtkreditvolumen von 1,8 Prozent ist ihr Bestand jedoch deutlich zurückgegangen und nicht mehr bedrohlich. Der Staat reguliert die Banken im Land zu 90 Prozent streng und die Regierung gibt auch das Zinsniveau vor. Spekulative Finanzmarktprodukte waren bisher gar nicht zugelassen und

Der Staat reguliert die Banken im Land zu 90 Prozent streng und die Regierung gibt auch das Zinsniveau vor.

wurden erst in jüngster Zeit unter strengen Auflagen und nur für einen kleinen Kreis von Marktteilnehmern eingeführt. Banken und Volkswirtschaft sind noch nicht in den Strudel von Vertrauensschwund, Einbruch des Inter-Banken-Handels, Börsenbaisse, drohenden Bankenpleiten und Rezessionsgefahr geraten, die in den westlichen etablierten Volkswirtschaften grassieren.

China geht davon aus, dass der Staatshaushalt von drastischen Ausgaben zur Überlebenssicherung des Bankensektors verschont bleibt und dass die Rezessionsgefahr geringer ist als in den Marktwirtschaften des Westens. Folgende Gründe werden dafür genannt: der große Devisenbestand (1,8 Billionen US-Dollar); die hohen Sparquoten (gesamtwirtschaftliche Sparquote von 50 Prozent); die große wirtschaftliche Wachstumsdynamik (2007: plus 11,4 Prozent); die vergleichsweise geringe internationale Verflechtung des chinesischen Bankensektors und die hohen Sicherheitsstandards auf dem chinesischen Bankenmarkt. Trotzdem rechnet man damit, dass China zumindest kurz- und mittelfristig von der Krise betroffen sein wird. Schätzungen zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten schwanken: Für 2008 erwarten chinesische Wirtschaftsinstitute zwischen neun und zehn Prozent Wachstum. Für 2009 wurden auch schon niedrigere Erwartungen von 7,9 Prozent und für 2010 gar sieben Prozent prognostiziert.

Um der Krise zu begegnen, wurde die bisher auf fünf Prozent festgelegte Zinsertragssteuer ausgesetzt. Eine weitere Absenkung des Leitzinssatzes für Kredite wird erwogen, nachdem zum 25. September 2008 das Zinsniveau (auf 7,2 Prozent) sowie der Mindestreservesatz (von 17,5 Prozent auf 16,5 Prozent) gesenkt wurden – zum ersten Mal seit 1999. Das soll die Binnennachfrage ankurbeln, damit diese die bereits eingetretenen und weiterhin erwarteten Exportrückgänge ausgleicht. Export und Investitionen gingen durch die Krise stärker zurück als der Inlandskonsum. Binnennachfrage und -investition sind derzeit der Hauptmotor des Wachstums, deshalb konzentriert sich China nun verstärkt auf sie.

Ob man nun in billig zu habende abgestürzte Finanzwerte massiv investieren soll, wird im Lande kontrovers diskutiert. Doch seit der asiatischen Finanzkrise 1997/98 agieren chinesische Kreditinstitute vorsichtig und erzielen ihre hohen Gewinne lieber mit Zins- und Gebühreneinnahmen, weniger mit

spekulativen Finanzprodukten. Und China setzt weiterhin auf die finanzpolitischen Koordinaten, die bisher das Wirtschaftswachstum begleitet haben: hohe Sparquote, hohe Investitionsquote in realwirtschaftliche Werte, hohe Exporte, positive Handels- und Zahlungsbilanzen, Devisenreserven und einen hohen staatlichen Steuerungsgrad sowie konsequente Staatsaufsicht. China sieht zudem in weiterem kräftigem Binnenwachstum seinen einzig möglichen Beitrag zur Lösung der globalen Finanzkrise. Diese Position erklärt sich auch dadurch, dass die Amerikaner in jüngster Vergangenheit chinesische Investitionen in US-Firmen teilweise aus politischen Gründen abgelehnt haben.

China setzt weiterhin auf die finanzpolitischen Koordinaten, die bisher das Wirtschaftswachstum begleitet haben: hohe Sparquote, hohe Investitionsquote in realwirtschaftliche Werte, hohe Exporte, positive Handels- und Zahlungsbilanzen.

INDIEN VERWEIGERTE SICH WEIT REICHENDER DEREGULIERUNG UND LIBERALISIERUNG

Indien war bis Ende der achtziger Jahre eine mehr oder weniger geschlossene Zentralverwaltungswirtschaft, was zur Zahlungsunfähigkeit des Landes führte. Die daraufhin eingeleiteten Wirtschaftsreformen bewirkten seit Anfang der neunziger Jahre eine weitgehende und – auch im internationalen Vergleich – fast vollständige marktwirtschaftliche Öffnung mit hohen Wachstumsraten. Demgegenüber behandelten Politik und Zentralbank den Finanzmarkt weitaus vorsichtiger und liberalisierten ihn bewusst nur graduell.

Indien beschränkte sich zunächst auf die Öffnung für ausländische Direktinvestitionen (*Foreign Direct Investments*). Dem folgte die Öffnung für *Foreign Institutional Investments*, also für Kapitalzuflüsse zur Finanzierung des Wachstums indischer Unternehmen. Das Land hat somit, ähnlich wie China, Kapitalzuflüsse zunächst lediglich als Direktinvestitionen gestattet. Restriktiv behandelte Indien die so genannten *debt flows*, also die externe kommerzielle Kreditaufnahme, die auch als *offshore financing* bezeichnet wird. Für sie, wie für die Portfolio Investments, wurden Obergrenzen festgelegt, die eine Abhängigkeit von ausländischen Kreditaufnahmen verhinderten. Der Bereich der Kapitalabflüsse wurde demgegenüber zunehmend liberalisiert, damit indische Unternehmen im Ausland investieren und ausländische Firmen akquirieren können. Die von den USA und anderen englischsprachigen Ländern präferierten weitreichenden Deregulierungen und Liberalisierungen des Finanzmarkts, die Politik niedriger Real-

zinsen und damit der billigen Liquiditätsversorgung sowie die Verbriefung von Hypothekarkrediten (*asset backed securities*) machte Indien nicht mit. Vielmehr öffnete es die vorhandenen Strukturen nur vorsichtig und graduell.

Deshalb wurde auch Indien bisher nur zu einem geringen Teil von der globalen Finanzkrise angesteckt. Die indische Wirtschaft wächst überwiegend wegen der binnenwirtschaftlichen Nachfrage, und ihre Abhängigkeit von ausländischen Finanzierungen ist mit gegenwärtig 1,5 Prozent niedrig. Indiens Währungsreserven betragen nach den letzten Zahlen der Zentralbank 248 Milliarden US-Dollar (September 2008). Der Kreditderivatmarkt ist unterentwickelt, regulative Richtlinien für Kreditvergaben und -verbriefungen unterbanden Übertreibungen auf dem indischen Finanzmarkt. Die Zentralbank sicherte die finanzielle Stabilität Indiens durch regulative Auflagen, welche die Übernahme von exzessiven Risiken durch die Finanzwirtschaft verhinderten.

Die indische Wirtschaft wächst überwiegend wegen der binnenwirtschaftlichen Nachfrage, und ihre Abhängigkeit von ausländischen Finanzierungen ist mit gegenwärtig 1,5 Prozent niedrig.

Die Inder sehen mit einem gewissen Stolz, dass die jüngsten Maßnahmen der Industrieländer zur Lösung der Kreditkrise viele Elemente enthalten, die ihrer eigenen vorsichtigen Geldmarktpolitik entsprechen. Auf dem Subkontinent dominiert die Meinung, dass sich der Ansatz der schrittweisen Integration der indischen Finanzwirtschaft in das globale Finanzsystem bezahlt machte. Eine schnelle Liberalisierung im Sinne unregelter Marktkräfte lehnen die Inder mehr denn je ab. Trotzdem wollen sie die Globalisierung weiterhin fördern. Sie befürchten aber nun, dass sich durch die Kreditkrise protektionistische Tendenzen, vor allem in Europa, verstärken.

BRASILIEN STEHT IM AUGENBLICK DER FINANZKRISE BESSER DA ALS JE ZUVOR

Brasilien und sein Finanzsystem erleben, trotz einer turbulenten Entwicklung an der Börse in São Paulo, bis dato ebenfalls keine größere Krise. Abgesehen von der Verteuerung einiger Importprodukte spüren die meisten Bürger die Auswirkungen der Krise noch nicht unmittelbar. Das Konsumverhalten hat sich noch nicht entscheidend verändert. Brasilien ist nie dem liberalen Eifer mancher Nachbarstaaten oder den entsprechenden damaligen Empfehlungen der Weltbank oder

des Währungsfonds gefolgt. Die Regierungspolitik von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva wurde beschrieben als der Versuch eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die wirtschaftlichen Öffnungs- und Reformprozesse seit Beginn der neunziger Jahre entsprachen mit der Bewahrung einer starken Interventionsfähigkeit des Staates eher dem Ordnungsmodell einer Sozialen Marktwirtschaft. Das zahlt sich heute aus. Im Augenblick der Finanzkrise steht Brasilien besser da als je zuvor. Unter Ökonomen ist es weitgehend unstrittig, dass die Struktur der Regulierung des brasilianischen Finanzsystems und des Zahlungsverkehrs weltweit zu den modernsten gehört. Das Finanzsystem Brasiliens ist regulierter und kontrollierter als die Finanzsysteme der USA oder Europas. In der aktuellen Krise hat sich das als großer Vorteil erwiesen.

Die wirtschaftlichen Öffnungs- und Reformprozesse Brasiliens seit Beginn der neunziger Jahre entsprachen mit der Bewahrung einer starken Interventionsfähigkeit des Staates eher dem Ordnungsmodell einer Sozialen Marktwirtschaft.

Allerdings gibt es einige Kanäle, welche die Krise ins Land leiten, etwa der Kreditmarkt. Am stärksten aber macht sich die Krise – zumindest kurzfristig – im Bereich der Investitionen und an der Börse bemerkbar. Die brasilianischen Produktionsindikatoren der letzten Trimester zeigen bei den Investitionen noch einen intensiven Rhythmus. Doch mit weniger Krediten, weniger Ressourcen für Importe und weniger Kapital aus dem Ausland halten sich die Unternehmen bei Neuinvestitionen natürlich zurück. Tatsächlich mehrten sich Mitte Oktober 2008 die Anzeichen für einen Rückgang der Industrieproduktion.

Die staatlichen Interventionen zur Steuerung der kritischen Situation zeigen aber, dass Brasiliens Regierung im Rahmen des augenblicklichen Wirtschaftsmodells genügend Handlungskapazität besitzt – 2008 noch begünstigt durch Steuereinnahmen in Rekordhöhe. Unter anderem erleichterten Regierung und Zentralbank die Kreditaufnahme am einheimischen Finanzplatz und fördern einige Wirtschaftssektoren, insbesondere die Land- und die Bauwirtschaft. Zudem reduzierte die Zentralbank die Höhe der Sicherungseinlagen, die Banken für ihre Kreditgeschäfte hinterlegen müssen, und räumte den Geschäftsbanken zeitlich befristet einen größeren Schutz gegen Wechselkursrisiken ein. Um die einheimische Währung zu stabilisieren, pumpte die Zentralbank bereits 22,9 Milliarden US-Dollar in den Markt. Die nationale Entwicklungsbank BNDES erhielt zusätzliche Mittel, um das Ex-

Insgesamt stellte die Zentralbank mehr als 60 Milliarden Reais (ca. 22 Milliarden Euro) für Stabilisierungsmaßnahmen bereit.

portgeschäft zu fördern. Zudem erklärte die BNDES, dass sie über genügend liquide Mittel verfüge, um zumindest bis Mitte 2009 die internationalen Kreditengpässe auszugleichen. Insgesamt stellte die Zentralbank mehr als 60 Milliarden Reais (ca. 22 Milliarden Euro) für Stabilisierungsmaßnahmen bereit. Die Regierung will zur Not auch Haushaltskürzungen vornehmen. Die solventen öffentlichen Banken Brasiliens kündigten an, dass sie in den nächsten Monaten der Exportwirtschaft 35,5 Milliarden Reais (ca. zwölf Milliarden Euro) an Krediten zur Verfügung stellen werden.

SÜDAFRIKAS BANKENSEKTOR ZEIGT SICH RECHT ROBUST, ABER POLITISCHE RADIKALISIERUNG IST MÖGLICH

In Südafrika hingegen überlagern innenpolitische Ereignisse die globale Finanzkrise. Dabei geriet der regierende African National Congress (ANC) an den Rand einer Spaltung. Der ANC dominiert mit einer Mehrheit von 70 Prozent das politische System wie auch Wirtschaft und Gesellschaft, und die Schaltstellen im Land sind von seinen Parteigängern besetzt. Am 22. September 2008 jedoch reichte Präsident Thabo Mbeki seinen von den ANC-Entscheidungsgremien erzwungenen Rücktritt ein. Der rüde Umgang mit Thabo Mbeki hatte den Rücktritt von elf Ministern zur Folge. Die Nominierung und die in derselben Woche erfolgte Vereidigung von Kgalema Motlante als Nachfolger im Präsidentenamt sowie die gleichzeitige Vorstellung eines neuen Kabinetts wurden zunächst als ein Zeichen von Stabilität gewertet. Insbesondere die Wiedereinsetzung von Trevor Manuel als Finanzminister brachte Zuversicht und erhielt Zustimmung sowohl in der Gesellschaft als auch seitens der Wirtschaft; sie wurde international als Zeichen finanzpolitischer Kontinuität gewertet. Derzeit scheinen ANC und Regierung jedoch maßgeblich mit innerparteilichem Streit und Krisenmanagement beschäftigt, was die politische Handlungsfähigkeit beeinträchtigt.

Vor diesem politischen Hintergrund traf die internationale Finanzkrise das Land, ihre Auswirkungen sind auch hier dramatisch. Dennoch steht Südafrika nicht vor einem Kollaps. Insbesondere der Bankensektor zeigt sich im Vergleich zu Entwicklungen in den Industrieländern und anderen *emerging countries* recht robust. Das liegt daran, dass dieser Sek-

tor in Südafrika stark reguliert ist. Zusätzlich schränkt seit Anfang 2007 der National Credit Regulation Act die Konsumfinanzierung über Kreditkarten ein. Und Südafrikas Banken legten nach Aussage ihrer Manager auch aufgrund von Renditeüberlegungen kaum Gelder international an, da der Zinssatz im Land selbst im Regelfall höher lag und eine einträgliche Rendite einbrachte.

Die übrigen Indikatoren sind jedoch negativ mit entsprechenden Auswirkungen im Wirtschaftssektor und für die Bevölkerung: Der Aktienmarkt brach seit Jahresbeginn um 30 Prozent ein, was zu empfindlichen Einbußen auch bei der neu entstehenden schwarzen Mittelklasse führte, für Südafrika eine politische Herausforderung. Der Rand ist auf ein Siebenjahrestief gefallen. Durch den Verlust des Vertrauens in die Währung steigen die Kreditkosten am internationalen Markt, und die Importe verteuern sich. Das gilt auch für dringend notwendige Infrastrukturprogramme, die erneute Produktionseinstellungen als Folge von Stromabschaltungen verhindern sollen. Der schwache Rand und die fallenden Rohstoffpreise machen Erwartungen auf ein schnelles Absinken der Inflationsrate zunichte (August 2008 auf Jahresbasis 13,6 Prozent). Das Wirtschaftswachstum wird sich spürbar verlangsamen. Selbst wenn es bei dem für 2008 prognostizierten moderaten Wirtschaftswachstum von zwei Prozent bleiben sollte, reicht dieses nicht, um neue Arbeitsplätze zu generieren. Und wichtige Indikatoren weisen einen kontinuierlich negativen Trend auf. Dabei sind etwa 40 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Beschäftigung.

Der Aktienmarkt brach seit Jahresbeginn um 30 Prozent ein, was zu empfindlichen Einbußen auch bei der neu entstehenden schwarzen Mittelklasse führte, für Südafrika eine politische Herausforderung.

Die Finanzkrise verstärkt damit in Südafrika vor allem bestehende Probleme wie die bereits hohe Arbeitslosigkeit. Die härtesten Konsequenzen bedrohen die armen Bevölkerungsschichten, und die Schere zwischen Arm und Reich geht noch weiter auseinander. Die hohe Kriminalität und Gewaltbereitschaft in Südafrika könnten sich verschärfen und zu neuen Gewaltausbrüchen gegen Migranten und Ausländer führen. Für den ANC, dessen Wähler in den ehemaligen *townships* hohe Erwartungen haben und von den Preiserhöhungen besonders betroffen sind, sinken die Chancen, seine Versprechen zu erfüllen. Als Konsequenz könnte die ideologische Kluft im ANC weiter aufbrechen und zu einer politischen Radikalisierung führen. Die Linke im ANC, die im Dezember

2007 alle Führungsämter übernommen hat, könnte weiter erstarren und nach den Wahlen im April 2009 die Wirtschaftspolitik Südafrikas neu ausrichten. Verstärkt wird diese Tendenz, wenn infolge der derzeitigen Krise die Millennium Entwicklungsziele von Südafrika deutlich verfehlt werden sollten und die Armut im Land sich weiter ausbreitet.